

B. Berichte

B.7 Bericht des Finanzbeirates (FBR) an den 6. Landesparteitag

Seit dem 5. Landesparteitag hat der FBR 6 Sitzungen durchgeführt.

Neben der Finanzplanung für das Jahr 2011 hat sich der FBR mit der finanziellen Situation der Kreisverbände und des Landesvorstandes befasst. Im März fand ein Diskussionsforum zum Thema „Mittelfristige Struktur und Finanzplanung in den Kreisverbänden und auf Landesebenen“ statt. Dieses Forum wurde vom FBR intensiv vorbereitet und bestimmte die Arbeit im 1. Quartal.

Für das Jahr 2011 wurde auf dem „Kleinen Parteitag“ ein Plan beschlossen, der vorsah, dass 33.000 € aus den Rücklagen verbraucht werden müssen. Auch aus diesem Grund führte der FBR im 2. und 3. Quartal 2011 mit fast allen Kreisverbänden bzw. Stadtverbänden Gespräche zur finanziellen Situation vor Ort durch (siehe Anlage - Abschlussbericht FBR August 2011).

Im 3. Quartal befasste sich der FBR mit der Veränderung der Aufteilung der finanziellen Mittel im Landesverband. Außerdem unterstützte der FBR den Landesschatzmeister bei der Durchführung der Plangespräche mit den Kreisverbänden. Einige Mitglieder des Finanzbeirates arbeiteten zu Zeit in der Arbeitsgruppe „AG Finanzkonsolidierungskonzept“ beim Landesvorstand mit.

Die Einnahmen und Ausgaben im Landesverband standen zur jeden Beratung auf der Tagesordnung.

In den nächsten Wochen wird sich der FBR weiter mit der Planung für das nächste Jahr im gesamten Landesverband beschäftigen.

Der FBR hat Änderungsvorschläge für die Landessatzung bzw. dem Finanzkonzept der LINKEN Sachsen erarbeitet.

Die Vorsitzende des FBR nahm an fast allen Beratungen des Landesvorstandes sowie an der Beratung des geschäftsführenden Landesvorstandes mit den VertreterInnen der Landesweiten Zusammenschlüssen teil. Die Mitglieder des FBR konnten immer an den Beratungen mit den KreisschatzmeisterInnen teilnehmen.

Angela Hähnel
Vorsitzende

Anlage:
Abschlussbericht FBR August 2011

Abschlussbericht FBR August 2011

1. Der FBR hatte vor in der Zeit vom 03.05.2011 bis zum 07.06.2011 ein Gespräch mit den Vorsitzenden der Stadt- und Kreisverbände und den Schatzmeistern vorgesehen. Aufgrund von unten aufgeführten Ursachen musste der Zeitraum bis Mitte August ausgedehnt werden. Wir wollten versuchen die Erfahrungen in den Kreisen zu erfassen und zu verallgemeinern. Dabei sollten mit den Vorsitzenden der Stadt- und Kreisverbände sowie den Schatzmeistern die Meinung zur Wertigkeit der Finanzierung der politischen Arbeit ausgetauscht werden. Die Arbeit mit dem neuen Mitgliederprogramm sollte bei der Gelegenheit befördert werden.
2. Obwohl diese Gespräche durch einen Brief der Vorsitzenden des Finanzbeirates an alle Stadtverbands- und Kreisverbandsvorsitzende am 19.03.2011 mit der Bitte um Terminvorschläge angekündigt wurde, erfolgte wenig Reaktion durch die Vorsitzenden. Nur mit Mühe gelang es, Termine zu koordinieren. Daher erwies es sich als unmöglich, Termine in der vorgesehenen Zeit zu erfüllen. Das zeigt, dass unsere Kommunikation schlecht organisiert ist. Zumindest Absagen oder Terminänderungsvorschläge hätte man erwarten können. So kam es zu erheblichen Mehraufwand bei der Organisation. Nur in Bautzen, Chemnitz und Zwickau beteiligten sich die Vorsitzenden der Verbände am Gespräch. Das schmälert die Aussagekraft der Gespräche wesentlich.
3. In allen Kreisgeschäftsstellen, in denen wir Gespräche führten, hatten wir den Eindruck die Genossinnen und Genossen haben auf eine Aussprache gewartet. Dabei ging es weniger um das eigentliche Thema sondern darum in einer ruhigen Atmosphäre über Probleme im Kreisverband zu reden.
4. Ergebnisse:
 - **Stand der Buchungen:**

Nicht in allen Gebietsverbänden werden die geforderten Termine (10. des Folgemonats) eingehalten. Ursachen liegen in der nicht rechtzeitigen Zuarbeit der einzelnen Ortsverbände. Für Flächenkreise ist es oft schwierig die Belege rechtzeitig zum Kreis zu bringen. Eine andere Ursache sehen wir darin, dass alle Schatzmeister ehrenamtlich arbeiten. Für Kreise, die weit zurück lagen wurde, durch die Landesgeschäftsstelle sofort Abhilfe geschaffen (Bautzen).
Schlussfolgerung: Der Abgabetermin sollte in der Finanzordnung auf den 20. des lfd. Monats verlegt werden.
 - **Verhältnis Ausgaben politische Arbeit /Geschäftsausgaben:**

Es ist bemerkenswert, dass in keinem Gebietsverband das Verhältnis schlechter als 50/50 war. Das betrifft das Jahr 2010 aber auch den laufenden HH. Die Forderung des Finanzkonzepts 30/70 (also 30% pol. Arbeit) wurde immer erfüllt.
Das gute Verhältnis ist auch darauf zurück das ein großer Teil der Belastungen durch die MdL und MdB übernommen werden. Das erfolgt in den unterschiedlichsten Formen.
Schlussfolgerung: Im Finanzkonzept sollte 50%/50% stehen. Mit dem Hinweis das Verhältnis zugunsten der pol. Arbeit weiter zu verbessern. Eine gerechte Verteilung der MdL und MdB insbesondere auf die Flächenkreise ist nach jeder Wahl durch den Landesvorstand in Absprache mit den Kreisverbänden zu gewährleisten. Dabei müssen die Schwerpunkte durch den Landesvorstand rechtzeitig gesetzt werden.
 - **Ständige Auswertung der finanziellen Situation:**

Die Forderung der Satzung nach mindestens ¼-jähriger Auswertung wird überall erfüllt. Dabei wird in einigen Kreisverbänden häufiger ausgewertet. Die Auswertungen sind von sehr unterschiedlicher Qualität.

Schlussfolgerung: Die Satzung sollte eine Finanzübersicht für alle Kreisvorstandsitzungen vorschreiben. (Kontenstand; Einnahmen/Ausgaben) Das neue Mitgliederprogramm macht das möglich. ¼-jährlich sollte ein vollständiger Finanzbericht vorgelegt werden.

- **Abführung der Bareinnahmen/Schuldentilgung:**

Nur der Kreisverband Görlitz hat beim Landesvorstand Schulden. An deren Tilgung wird gearbeitet. Die Abführung der Bareinnahmen erfolgt in Absprache mit der Landesgeschäftsstelle regelmäßig. (Aussage Landesgeschäftsstelle)

- **Plan der politischen Arbeit und seine Finanzierung:**

Nicht in allen Kreisverbänden gibt es Pläne der politischen Arbeit als Grundlage des Finanzplanes. Lt. Finanzordnung sind die Finanzpläne des Folgejahres bis zum 30. 10. des lfd. Jahres zu erstellen und einzureichen. Abgesehen davon, dass dieser Termin nur selten eingehalten wird, liegen zu diesem Zeitpunkt angeblich noch keine Ideen für politische Aktivitäten vor.

Schlussfolgerung: In der Finanzordnung ist festgehalten, dass die Plangespräche in den Kreisverbänden im September stattfinden. Bei der abschließenden Finanzplanung im Kreisverband sollte der Landesschatzmeister oder ein Mitglied des Finanzbeirats anwesend sein und auf die Vorlage von Eckpunkten der politischen Arbeit hinwirken. Landesschatzmeister und die Mitglieder des Finanzbeirats haben ständig auf die Einhaltung der Termine zu drängen.

- **Personalentwicklung und Mitgliederwerbung:**

Zu beiden Problemen gibt es sehr weit auseinandergehende Aussagen. Vom Allgemeinen regelmäßig über alle zwei Monate bis ¼-jährlich ist alles dabei. Da diese Probleme nicht unbedingt zum Aufgabenbereich der Schatzmeister gehören, hätten wir gern die Meinung der Vorsitzenden gehört. Leider war das nicht möglich.

Schlussfolgerung: Durch den Landesvorstand ist von den Kreisverbänden ein Ansprechpartner für die Probleme der Personalentwicklung und der Mitgliederwerbung zu fordern. Durch den Landesvorstand sollte die Vernetzung dieser Ansprechpartner unterstützt werden. Regelmäßige Zusammenkünfte sollten die Tätigkeit qualifizieren und den Status erhöhen.

- **Mitgliederzahlen und strukturelle Änderungen:**

Das Problembewusstsein ist sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Es gibt Kreisverbände, in denen die Mitgliederentwicklung nicht ausgewertet wird. Die auch nicht wissen wie es bis 2015 oder gar bis 2020 weiter geht. In den Stadtverbänden ist man der Meinung es muss sich vorläufig nichts ändern.

In den Kreisverbänden gibt es sehr unterschiedliche Aussagen. Von wir müssen mehr Mitglieder gewinnen über mehr Konzentration durch Verringerung der Ortsverbände (hier sind meist die zu Ortsverbänden entwickelten Basisorganisationen gemeint) bis zu Einstellung der Kreiszeitung und Verringerung der Geschäftsstellen ist alles vorhanden. Die gerechte Verteilung von Abgeordnetenbüros (was immer das ist) wurde ebenfalls angeführt.

Schlussfolgerung: Das Problembewusstsein muss durch die Mitglieder des Landesvorstands und des Finanzbeirats in die Stadt- und Kreisverbände getragen werden. Dazu gehört eine von vielen akzeptierte Idee wie wir unsere Strukturen bei unserem Altersaufbau für die nächsten 10-15 Jahre entwickeln wollen. Der Landesvorstand muss den Stadt- und Kreisverbänden dazu entsprechende abrechenbare Aufgaben stellen.